

Sammlung der Änderungsanträge SV MD für das Landtagswahlprogramm 2021

1. Änderungsantrag Landeswahlprogramm
Stadtverband Magdeburg
Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger
Zeilen: 111
Änderung: den Begriff „weibliche Fürsorgearbeit“ ersetzen durch: „in Gesundheit und Pflege“ Alternativ: „in sogenannten Frauenberufen“
Begründung: Es geht hier nicht um weibliche Fürsorgearbeit. Diese Arbeit wird auch nicht besser bezahlt, wenn Männer sie leisten. Es ist nur Arbeit, die häufiger von Frauen geleistet wird. Im Grunde aber geht es um die Geringschätzung von Arbeit im Bereich von Gesundheit und Pflege. Der Begriff „weibliche Fürsorgearbeit“ weist dagegen einen wesentlichen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vor allem den Frauen zu. Das bedient genaugenommen die Denkweise, die man eigentlich überwinden will.

2. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Bernd Krause, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 111 bis 113

Änderung:

Die beiden Sätze in den Zeilen 111 bis 113 (von „Nur ein starker Sozialstaat bis ...Kleine Unternehmen werden.“

werden ersetzt durch:

„Nur ein starker Sozialstaat mit einem hohen Anteil kommunalen und gesellschaftlichen Eigentums wird dafür sorgen können, dass wirkliche Leistungen, wie sie gerade unter Coronabedingungen vor allem von Frauen in der Pflege und in den Krankenhäusern erbracht wurden, aber auch andere Arbeiten mit hohem körperlichen Einsatz, so bezahlt und wertgeschätzt werden, wie sie es verdienen. Nur ein solcher Sozialstaat kann zum Rettungsanker für Selbstständige und Kleine Unternehmen werden.“

Begründung:

Es sollte der Sozialstaat, den wir meinen, näher erklärt werden.

Auch Leistungen sollen hervorgehoben werden, die eben nicht über Homeoffice zu realisieren sind und die in der Mehrzahl heute noch vor allem von Frauen erbracht werden.

Diese sollten wir aber nicht als frauentypisch festschreiben.

3. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 120/121

Änderung: den letzten Satz in diesem Absatz bitte ersetzen:

„Unsere Stärke ist unser Antifaschismus. Wir kämpfen auf allen Ebenen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. Das gesellschaftliche Problem des rassistischen, menschenfeindlichen Hasses muss konsequent gelöst werden! Dazu wollen wir auf der Straße wie auch im Internet alle rechtsstaatlichen Mittel sowie breite politische Bildung einsetzen. Gesellschaftlich ist die soziale Spaltung als Nährboden für Hass und Hetze zu überwinden.“

Begründung:

Angesichts der gesellschaftlichen Situation ist es wichtig, gleich zu Beginn unsere antifaschistische Grundeinstellung zu betonen und gleichzeitig zu sagen, dass und wie Hass und Hetze der Boden entzogen werden kann.

4. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 173

Änderung:

Der letzte Satz am Ende dieses Abschnittes soll ersetzt werden:

„DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Interessen der Menschen in Ostdeutschland konsequent vertritt“

Begründung:

Wir haben allen Grund, unser Alleinstellungsmerkmal für die Menschen, die im Osten Aufgewachsen sind und deren Interessen nach wie vor ignoriert oder geringgeschätzt werden, zu betonen. Das erreichen wir – insbesondere auch angesichts der „Wolfskampagne“ der AfD mit diesem Satz besser. Es geht dabei sowohl um Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Stellenwertes der Wirtschaft in Ostdeutschland für die gesamte Bundesrepublik als auch um die Achtung der Biografien der Generation der heute über 40-jährigen Menschen in diesem Land.

Darum sollten wir betonen, dass wir die einzige Partei sind, die das konsequent einfordert.

5. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 175 – 180

Änderung:

Streichung der Zeilen 175 bis 177

Den Nachfolgenden Text wie folgt anpassen:

„Unsere Vorstellungen und Ideen sind ebenso in kritischer Auseinandersetzung mit den sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen entstanden wie auch in Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen dieser kapitalistischen Gesellschaft. Wir wollen die Gesellschaft demokratisch, sozial und ökologisch verändern. Wir wollen eine Gesellschaft, die das Privateigentum nicht über alles hebt, die wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens nicht dem Markt überlassen will. Gleichheit und Solidarität, Freiheit und Frieden sind für uns die Grundpfeiler einer besseren Gesellschaft.“

Begründung:

Der Textteil in den Zeilen, die wir zu streichen beantragen, enthält eine Vereinnahmung der Revolution von 1989 durch DIE LINKE. Das ist anmaßend und erinnert fatal an Äußerungen von führenden SED-Politiker*innen, sie hätten die Wende herbeigeführt.

Mit solchen Formulierungen machen wir uns lächerlich und alle Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, unglaubwürdig. Daran ändert auch der Satz nichts, dass wir mit der SED-Herrschaft gebrochen haben.

So notwendig eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen und praktischen Erbe des Sozialismus ist – er kann nicht in einem Landtagswahlprogramm geleistet werden.

Vielmehr sollten wir deutlich machen, dass wir die Lehren aus der Geschichte gezogen und daraus gelernt haben. Unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen speisen sich ebenso aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Politik in der DDR wie auch mit den Entwicklungen des Neoliberalismus und marktradikalen Kapitalismus.

6. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Jennifer Lemke, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 227 – 238 (Absatz)

Änderung:

Ergänzung an den Absatz ab Zeile 238:

Frauen in Führungspositionen wird DIE LINKE aktiv fordern und fördern. Außerdem werden wir uns für flache Hierarchien und partizipative Führung einsetzen, sodass alte Machtstrukturen auch im Öffentlichen Dienst aufgebrochen werden.

Begründung:

Im Öffentlichen Dienst gibt es sehr verkrustete Strukturen, die mit einem alten Führungs- und Machtverständnis einhergehen. Dadurch werden die notwendigen Veränderungen verschleppt. Wie überall sind Frauen besonders in Führungspositionen unterrepräsentiert. Auch durch diese Punkte ist der Öffentliche Dienst ein unattraktiver Arbeitgeber.

7. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Andreas Horn, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nico Thate, Vera Baryshnikov
Zeilen: 245 und 246

Änderung:

Ersetzen des Satzes:

„Die Kosten, die durch Home-Office entstehen, dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.“

Einfügen:

„Dauerhaftes Arbeiten von zu Hause aus, ob Home-Office oder mobiles Arbeiten, können zu sozialer Vereinsamung führen und die ständige Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber belastet die Psyche weiter. Die Kosten, welche durch mobiles Arbeiten entstehen, dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.“

Begründung:

Sachlich etwas sicherer formuliert und weitere Nachteile ergänzt.

8. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nicole Anger, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov

Zeilen: 330-331

Änderung:

„arbeitsuchende“ streichen

Begründung:

Nicht nur arbeitsuchende Menschen müssen für die Veränderungen und Neuerungen in der Arbeitswelt entsprechend unterstützt werden. Es braucht auch für aktive Arbeitnehmende Unterstützungen für die sich ständig wandelnde Arbeitswelt.

9. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 369 - 376

Änderung: bitte den Absatz wie folgt ändern und ergänzen

Nicht nur Erwerbsarbeit ist Arbeit

Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftliches politisches Engagement sind gleichermaßen wichtige Bereiche gesellschaftlicher Arbeit. Wir wollen dafür sorgen, dass sie für Männern und Frauen gleichermaßen besser miteinander vereinbar werden. Heute erbringen Frauen mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit. Insbesondere die – unbezahlte – Familienarbeit liegt zum übergroßen Teil immer noch bei den Frauen. Besonders in Bereich Gesundheit und Pflege wird Arbeit oft freiwillig und unbezahlt geleistet. Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird. Erwerbsarbeit im Bereich von Gesundheit und Pflege wird nach wie vor schlecht bezahlt und überwiegend von Frauen geleistet. Wir wollen, dass diese Arbeit aufgewertet und besser bezahlt wird. Hier braucht es einen Systemwechsel zur Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Arbeitsumverteilung. Wir wollen dazu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der konkreten Entwicklung von Modellen der Arbeitszeitverkürzung, die sich am wirklichen Bedarf der Arbeitnehmer*innen orientieren, unterstützen.

Begründung:

Der nachfolgende Text enthält einen Konflikt in der Überschrift: Im Text geht es vorrangig nicht um ehrenamtliche Arbeit, sondern um bezahlte. Ehrenamtliche Arbeit kann auch nicht „vollen Lohnausgleich“ bekommen, denn sie wird eben nicht entlohnt und es wäre auch eine falsche Forderung. Vielmehr müssten wir dafür sorgen, dass nicht immer mehr bezahlte Arbeit ins Ehrenamt gedrängt wird und damit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze eingespart werden oder gar nicht erst entstehen. Das aber ist eine andere Baustelle. Dennoch muss der Trend, dass Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge immer mehr in die unbezahlte Arbeit der Familie und das Ehrenamt verdrängt wird, kritisch angesprochen werden, wenn auch nur in einem Satz.

Wir haben versucht beide Bereiche (Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit im Bereich Familie, Gesundheit und Pflege) besser miteinander zu verknüpfen und schließen dabei am 4 in 1 –Modell von Frigga Haug an. Gleichzeitig entgehen wir so der Unterstellung, dass wir bezahlte Ehrenamtsarbeit wollten – was unserem Verständnis von bezahlter Arbeit grundsätzlich entgegenstehen würde. Diese Unterstellung wäre beim alten Text möglich.

10. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 399

Änderung:

Das „Leistungsprinzip“ wird ersetzt durch „das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Begründung:

Das „Leistungsprinzip“ ist in der kapitalistischen Ökonomie ein ideologischer Begriff, der nicht mit den realen Lebensverhältnissen und nicht mit den Erfahrungen der arbeitenden Menschen übereinstimmt. Die Entgeltdifferenzierung versucht den ideologischen Gehalt dieses Begriffes zu übertünchen. Die Entgeltspreizung und die wachsende Schere zwischen arm und reich offenbaren jedoch den ideologischen Charakter dieser Phrase. Tatsächlich muss es uns um das Prinzip der gleichen Entlohnung für gleichwertige Arbeit gehen. Und dabei geht es zum Beispiel um die Überwindung des Niedriglohnsektors, gleichermaßen um die Überwindung der völlig unberechtigten Differenz zwischen technischen und sozial-pflegerischen Tätigkeiten (z.B. Ingenieurin vs. Erzieherin bzw. Pflegerin).

11. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 434

Änderung:
Mindestsicherung von 1.200 Euro.

Begründung:
Mindesteinkommen – wozu auch die von uns geforderte Mindestsicherung gehört – orientiert sich an der Pfändungsfreigrenze. Diese beschreibt, was Menschen auch bei berechtigter Pfändung zwecks Schuldentilgung mindestens bleiben muss, um ein selbständiges Leben führen zu können. Unterhalb dieser Grenze darf nicht gepfändet werden, um die Möglichkeit der selbständigen Lebensführung zu erhalten. Die Pfändungsfreigrenze liegt für alleinstehende Personen seit Juli 2019 bei 1.180 Euro und wird im Juli 2021 nach oben angepasst werden.
Bei einem Betrag unterhalb von 1.200 Euro hätte eine alleinstehende Person weiterhin Anspruch auf ergänzende Transferleistungen und müsste damit zum Amt gehen und ihre gesamten Verhältnisse offenlegen. Die Erniedrigung der Menschen würde so nicht überwunden werden.

12. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 466

Änderung:

Ersetzen des letzten Halbsatzes durch „sowie ein vollständiges Verbot von kommerzieller Werbung an Kitas und Schulen.“

Begründung:

Kommerzielle Werbung und verdeckte Beeinflussung (Lobbyismus) an Schulen und Kitas sollte generell verboten werden, wie dieses in einem Antrag vom 18.11.2020 u.a. von Birke Bull-Bischoff, Petra Sitte, Jan Korte und unserer Bundestagsfraktion an die Bundesregierung gefordert wird: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/244/1924452.pdf>

13. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 779-780

Änderung: Wir werden diese, zum Teil auch mit bitteren Erfahrungen verbunden Erkenntnisse weitergeben.

Begründung: priorisiert unseren Standpunkt nochmals

14. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 857/858

Änderung:

Den Satz wie folgt ändern / ersetzen:

„Die Linke fordert einen Strukturwandeldialog, in den neben Regierung, Parlament, Gebietskörperschaften und Unternehmen auch Gewerkschaften, Klimabewegung, Umwelt- und Sozialverbänden einzubeziehen sind.“

Begründung:

Die Umwelt- und Klimabewegung hat den Strukturwandel erzwungen. Sie in den Dialog zum Strukturwandel nicht einzubeziehen, ist ein Affront gegen diese Bewegung und verschenkt darüber hinaus viele gute Ideen aus diesen Bewegungen. Ein gesellschaftlicher Konsens kann nur unter Einbeziehung dieser Bewegungen erreicht werden.

Die Begrifflichkeit „Sozialpartner“ ist ein ideologisches Konstrukt zur Vereinnahmung der Arbeiter*innenklasse und ihrer Organisationen in die kapitalistische Ökonomie. Längst wurde die „Sozialpartnerschaft“ der westdeutschen Nachkriegsgeschichte durch das Kapital aufgekündigt.

15. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 884

Änderung:

Den Teil des Satzes „die Risiken der Selbständigkeit tragen und“ ersatzlos streichen.

Begründung:

Loblieder auf die Unternehmer sind in Programmen der FDP, der CDU, der Grünen und der SPD zu finden, sollten aber nicht im Programm der Linken stehen. Wir stehen für eine andere Wirtschaftsform, zumal der Kapitalismus sich gerade jetzt in einer großen Krise befindet, der er ohne massive staatliche Unterstützung nicht entkommen kann. Die Jagd nach optimalem Profit ist mit unternehmerischer Tätigkeit in der kapitalistischen Ökonomie zwangsläufig verbunden. Die Risiken tragen die Beschäftigten, die diesen Profit erwirtschaften und im Falle des Scheiterns sich bestenfalls einen neuen Arbeitsplatz suchen müssen, häufig aber in Erwerbslosigkeit und Armut gestürzt werden.

16. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov,

Zeilen: 906 bis 911

Änderung:

Die Zeilen sollen gestrichen werden.

Begründung:

Anders als im Leitantrag formuliert, ist „Social Entrepreneurship“ per se nicht Teil der solidarischen Ökonomie und keineswegs ein „Non Profit-Bereich“. Vielmehr zielt dieser „unternehmerische Ansatz“ darauf, aus sozialer und gemeinwohlorientierter Arbeit künftig Profit zu ziehen. Es handelt sich um eine etwas verkleidete Form der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, die wir nicht unterstützen sollten. Das Engagement mag nützlich oder löblich sein, als „unternehmerischen Ansatz“, der zwangsläufig mit Profit verbunden ist und eine Hierarchie der Beteiligten beinhaltet, sollten wir auch diese Form unternehmerischer Tätigkeit nicht befördern oder bevorzugt unterstützen. „Social Entrepreneurship“ zielt auf die Kommerzialisierung zivilgesellschaftlichen Engagements, auf die Konkurrenz zur freien Wohlfahrtspflege, zu Genossenschaften, zu Nachbarschaftsinitiativen und zu gemeinnützigen Gesellschaften. Diese Formen von sozialer Tätigkeit sind heute schon oft prekär und dürfen nicht weiter prekariert werden.

Definition im Portal der Landesregierung: „... Tätigkeiten, die wir als Social Entrepreneurship verstehen, da sie die Lösung einer gesellschaftlichen Herausforderung mit einem unternehmerischen Ansatz verbinden.“

Das ist die Entstaatlichung und Privatisierung von Lösungsversuchen für gesellschaftliche Herausforderungen und insoweit ein neoliberaler Ansatz, den wir nicht befördern sollten.

17. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Christian Arnd, Iris Gottschalk

Zeilen: 913 - 928

Änderung:

Zeilen 913 bis 928 sollen ersetzt werden.

Neue Ideen fördern

Gründerinnen und Gründer haben oft kreative und innovative Ideen, mit denen sie auf den Markt wollen. Damit sie wachsen und am Gründungsort bleiben können, brauchen sie solide finanzielle Unterstützung und Vernetzungsmöglichkeiten. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Kommunen, sondern auch des Landes. Uns als LINKE sind die oft befristeten und prekären Arbeitsverhältnisse und die Selbstausbeutung in sogenannten Start-ups bewusst, weswegen die Förderung auch dieser Unternehmen an Tarifbindung, Mitarbeiter*innenbeteiligung und/oder Genossenschaftlichkeit sowie einem gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen ausgerichtet wird. Es braucht nicht nur neue innovative Unternehmen, sondern auch ein zukunftsorientiertes, gemeinwohlorientiertes Unternehmertum. Wir wollen Netzwerke dieser jungen Unternehmen mit Wissenschaftseinrichtungen fördern sowie ein Netzwerk von Gründerinnen initiieren und unterstützen, damit Frauen als Gründerinnen ihre Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig unterstützen können. Dazu sollen gemeinsame Häuser bzw. Räume (Co-Working Spaces, Gründer*innenzentren) unterstützt werden.

Begründung:

Sachsen-Anhalt ist auf zukunftsorientierte Start-Ups angewiesen. Es wäre falsch weiterhin auf die Ansiedlung von Zweigstellen westdeutscher oder ausländischer Unternehmen zu setzen, die die Standorte nach überschaubaren Zeiträumen wieder schließen und verbrannte Erde hinterlassen. Trotzdem sollten wir als DIE LINKE nicht in das Loblied auf die kapitalistische, gewinnorientierte Ökonomie mit einstimmen. In Start-ups wird den oft befristet angestellten Mitarbeiter*innen meist erheblich unter Tariflohn gezahlt, das hohe Maß an Überstunden wird nicht ausbezahlt und Mitbestimmung klein gehalten. Als sozialistische Partei sollte DIE LINKE diese Probleme nicht verschweigen, sondern einen neuen Geist in der Gründerbranche entfachen und so das Entstehen von genossenschaftlichen Unternehmungen begünstigt. Die Förderung von Start-ups ist richtig und wichtig, um im Land Arbeitsplätze zu schaffen und Innovationen voranzutreiben. Aber wenn von „Risikokapital“ die Rede ist, sind damit auch Vorstellungen von hohen Renditen an den Börsen verbunden – da spielt DIE LINKE nicht mit. Ziel ist es die Umwandlung hin zu einer ökologischen, sozialen und sozialistischen Wirtschaft zu schaffen durch die Selektion der zu fördernden Start-ups. Auf diese Weise lässt sich der wirtschaftliche Aufbruch im Land mit dem sozialistischen Umbau der Ökonomie verbinden.

18. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Lukas Hirtz, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 984

Änderung: Anfügen:

„Als technische Fachleute sind sie keine Bittsteller*innen, sondern werden etwa im Bereich der erneuerbaren Energien dringend gebraucht. Dafür bedarf es geeignete Fortbildungen.“

Begründung:

DIE LINKE will konkrete Alternativen anbieten. Ein Elektriker, der Schaltschränke im Bergbau repariert, kann diese auch etwa an einer Photovoltaikanlage reparieren. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust behindert die Energiewende. Gleichzeitig können die Kumpel aber auch Helfer der Energiewende werden.

19. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nico Thate, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1010

Änderung:

Einfügen am Ende von Z 1010

Für Privatpersonen soll es in Zukunft leichter gemacht werden, selbst Strom zu erzeugen und einzuspeisen. Wir setzen uns dafür ein, dass das EEG entsprechend angepasst wird.

Begründung:

Große Firmen dürfen bei der Energieerzeugung nicht bevorteilt werden. Auch Privatpersonen sollen ohne große Probleme ihren eigenen Strom erzeugen und einspeisen dürfen. Diese Probleme sehen aktuell wie folgt aus: Der Stromversorger verweigert die Abnahme. Solaranlagen dürfen (unter gewissen Umständen) nicht auf Dächern, Balkonen oder Fassaden angebracht werden.

20. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1079

Änderung:

Streichung des Satzes „Autofahrer dürfen nicht zu Sündenböcken abgestempelt werden“.

Begründung:

Es geht um eine Kritik am Auto als dominantem Verkehrsmittel, um eine Kritik an den Verhältnissen, die die Menschen dazu zwingen, mit dem Auto zu fahren; es geht nicht um oder gegen diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind. Niemand stempelt Autofahrer*innen als Sündenböcke ab. Die Formulierung im Leitantrag beinhaltet aber die Unterstellung, dass das so sei. Sie wirkt dagegen wie ein Freifahrtschein für die autozentrierte Gesellschaft, wie der alte Spruch des ADAC „Freie Fahrt für freie Bürger“.

21. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nico Thate, Stephan Krull, Jennifer Lemke, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1091 - 1098

Ersetzung:

Elektro-Mobilität als notwendige Technologie zur Erreichung der Klimaziele im Verkehr

Neben dem konsequenten Ausbau des ÖPNV und der damit verbundenen Förderung des Kollektivverkehrs setzen wir auf E-Mobilität. Jedoch ist Elektromobilität in der aktuell propagierten Form (Ersatz für Verbrenner-Autos) nicht die Lösung. Ein Antriebswechsel ist keine Mobilitätswende. Nützlich kann der E-Motor sein für Lieferfahrzeuge im Stadtverkehr, den ÖPNV, Taxen, Behinderten- und Rettungsfahrzeuge. Ansonsten geht es darum, die Anzahl der Fahrzeuge vor allem und zunächst in den Städten stark zu reduzieren. Es ist uns wichtig, den Wandel zur E-Mobilität nachhaltig zu gestalten. Dabei stellen wir einen ganzheitlichen Verkehrsansatz klar in den Vordergrund. Auch Wasserstoff als Energiespeicher, mobiler Energieträger und Grundstoff für die Industrie spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Die Erforschung und Entwicklung der wasserstoffbasierten Technologien werden wir weiter gezielt fördern.

Begründung:

Der Absatz wurde im Programmkonvent lange besprochen und als nichtzutreffend erachtet. Die batteriebetriebene E-Mobilität ist keine Brückentechnologie, sondern ein notwendiger Baustein von vielen (insofern grüner Strom genutzt wird) für die Verkehrswende. Wasserstoff wird zu viel Raum gegeben.

Am Ende sollte es uns darum gehen, dass es weniger Individualverkehr geben muss und wenn, mit einem geringen CO₂-Ausstoß. Dafür brauchen wir ganzheitliche Verkehrskonzepte, die uns von der Menge an Autos wegbringen.

22. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Bernd Krause, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1217 und 1218

Änderung:

In den Satz in den Zeilen 1217 und 1218 wird nach dem Wort 'Standards' folgender Satzteil eingefügt:

„ ... und insbesondere auch an das Vorhalten von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ...“

Begründung:

Zur Entwicklung des ländlichen Raumes sollte die Agrarförderung unbedingt auch an das Vorhalten von Arbeitsplätzen gebunden sein.

23. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nico Thate

Zeilen: 1379

Änderung:

Einfügen eines Absatzes bei Z 1379

Sowohl bei der Tierhaltung als auch bei Schlachtbetrieben muss der Tierschutz endlich konsequent eingehalten werden. Ein Wegschauen oder Zögern durch das Veterinäramt darf es nicht mehr geben. Hierfür muss zusätzliches Personal eingestellt werden, damit Kontrollen in Zukunft regelmäßig, flächendeckend und unangekündigt erfolgen können.

Begründung:

keine

24. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1496 - 1498

Änderung:

Ersetzen des Satzes von „Die Länder des globalen Südens“ bis „profitieren“ durch:

"Eine intensive Kooperation von Hochschulen und Universitäten des globalen Südens mit dem globalen Norden wird für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Wir können und müssen Wissen austauschen und voneinander lernen."

Begründung:

Es geht um gegenseitige Beziehungen, um gegenseitiges Lernen voneinander und um Partnerschaft auf Augenhöhe – nicht nur um Wissenstransfer vom Norden in den Süden.

25. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1515-1516

Änderung:

1515-1516 werden ersetzt ab „DIE LINKE tritt dafür ein...“

DIE LINKE tritt dafür ein, alle erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen und echte Bildungsgerechtigkeit herzustellen, damit alle Schüler*innen unabhängig ihres Geschlechtes, ihres familiären Hintergrunds oder ihres sozialökonomischen Status, die gleichen Bildungschancen und -möglichkeiten haben. Ohne aktives Gegensteuern geht die soziale Schere in und mit unserem Bildungssystem weiter auseinander.

Begründung:

Genauere Erläuterung Bildungsgerechtigkeit

26. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 1585-1588

Änderung:

1585-1588 werden ersetzt ab „Wir werden die Voraussetzungen...“

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulen dauerhaft und unabhängig von EU-Förderprogrammen zum Einsatz kommen. Langfristig orientieren wir uns an den Empfehlungen des Bundesverbandes für Schulsozialarbeit, der pro 150 Schüler*innen eine Schulsozialarbeitsstelle (1 VbE) für nötig erachtet.

Schulsozialarbeit und die dazugehörigen regionalen und landesweiten Netzwerke sind seit mehr als zehn Jahren Bestandteil der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Da das Bildungsministerium seinem Auftrag von Dezember 2018 nicht nachkommt, sind diese seit 2009 immer wieder von EU-Fördergeldern abhängig. Wir stehen für eine vollständige Finanzierung der Schulsozialarbeit sowie den dazugehörigen Netzwerkstellen aus Landesmitteln, wobei die erfolgreiche Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe in der Anbindung der Schulsozialarbeit beibehalten wird.

Außerdem werden wir den schulpsychologischen Dienst und die schulfachliche Evaluation und Beratung der Schulen im Landesschulamt personell verstärken.

Begründung:

Schulsozialarbeit darf nicht länger von EU-Mitteln abhängig sein. Das muss deutlicher im Wahlprogramm werden.

27. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nadja Lösch, Nicole Anger, Christian Arnd

Zeilen: 1798ff

Änderung:

1798ff ersetzen

Die im Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Leitsätze für Diversität müssen umgesetzt werden. Dazu gehört, dass es in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt, eine zentrale Anlaufstelle gibt, die für pädagogische Fachkräfte Beratungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote in den Themen Queer, Inter* und Trans* vorhält, um diese zu sensibilisieren sowie fachlich und pädagogisch zu stärken.

Begründung:

Klarere Formulierung

28. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 2028 - 2030

Änderung:

Bitte den Satz wie folgt ergänzen:

Der Nahverkehr muss daher kostenfrei landesweit nutzbar sein, besonders für *Kinder und Jugendliche, Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende.*

Begründung:

Es gibt keinen Grund, die Kostenfreiheit nur für Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende in Aussicht zu stellen. In der Stadt Magdeburg gilt die Kostenfreiheit laut Beschluss vom kommenden Schuljahr an für alle Schülerinnen und Schüler. Es gibt auch keinen Grund zwischen Bundesfreiwilligendienstleistenden und andern Freiwilligendienstleistenden zu unterscheiden.

29. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Christian Arnd, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 2326

Änderung: (Ergänzung)

[...] und bei dem Aufbau von e-Sport Gruppen [unterstützen.]

Begründung:

Die Diskussion, ob e-Sport nun Sport sei oder nicht, ist müßig. Selbst der DOSB erkennt mittlerweile zumindest das Spielen von Sportsimulationen als Sportart an. Fakt ist, dass immer mehr Sportvereine sich eine e-Sport Abteilung wünschen, um weiterhin Jugendliche an sich zu binden und ein „Aussterben“ des Vereins zu verhindern. Dafür fehlen den meisten Vereinen im Land jedoch die Ressourcen, da eine e-Sport-Gruppe technisch ganz andere Voraussetzungen hat als eine klassische Jugendsportgruppe. Dabei sollte DIE LINKE die Vereine, die sich eine solche Entwicklung wünschen aktiv unterstützen.

Ob mit Verein oder ohne, immer mehr Kinder und Jugendliche spielen regelmäßig am Computer oder der Konsole. Es ist wichtig dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und sie weiterhin in örtliche Vereinsstrukturen einzubinden. Bei dem Solo-Spielen an der heimischen Konsole oder dem PC besteht laufend die Gefahr, dass es zu Vereinsamung führt oder zweifelhafte virtuelle Kontakte entstehen. Rechtsradikale nutzen das Internet und ganz konkret auch Spieleplattformen für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie, die so ungefiltert die jungen Gamer erreicht. Die angestammten Sportvereine vor Ort können hier frühzeitig gegensteuern und den Kindern und Jugendlichen einen sicheren Raum bieten, in dem sie miteinander spielen und sich austauschen können. Außerdem sorgt die Anbindung an einen Sportverein vielleicht dafür, dass die Kinder und Jugendlichen auch mal „echten“ Fußball oder andere Sportarten im Verein versuchen und sich dafür begeistern können.

Die Kenia-Koalition hat mit der Förderung des „e-Sport Hub Sachsen-Anhalt“ bereits einen wichtigen Grundstein für diese Entwicklung gelegt, hinter den DIE LINKE nicht zurückfallen sollte.

30. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Nico Thate, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 2423

Änderung:

Folgende zwei Sätze sind vor dem Satz „Mit diesem guten Beispiel...“ einzusetzen.

„Sachen-Anhalt soll sich dabei bemühen, eine Vorbildrolle in der Aufnahme von Geflüchteten einzunehmen. Dies soll sich insbesondere in dem Aufnahmekontingent sowie einer hohen Integrationsleistung widerspiegeln.“

Begründung:

keine

31. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein; Lukas Hirtz, Christian Arnd

Zeilen: 2571 - 2577

Änderung: der Absatz soll ersetzt werden durch nachfolgenden Text:

Demokratie stärken

Wahlen sind wichtig für unser demokratisches Gemeinwesen. Wir sehen in der Parteien- und Politikverdrossenheit ein großes Problem unserer Demokratie. Ursachen sind die Enttäuschung vieler Menschen durch nicht eingehaltene Versprechen und eine Politik, die sich immer mehr von den Leben der Menschen entfernt und vorrangig auf die großen Lobbygruppen hört, welche das Handeln der Regierenden bestimmen. Auf der anderen Seite wächst aber durchaus die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Nicht zuletzt die Fridays-for-future-Bewegung zeigt, dass junge Menschen Einfluss nehmen wollen auf Politik, schließlich geht es um ihre Zukunft. Wir wollen durch eigenes Handeln und durch staatliche Initiativen das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder stärken. Wir wollen durch ein Herabsetzen des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre und ein kommunales aktives Wahlrecht für Migrant*innen mehr Menschen an der Demokratie beteiligen und ihnen ermöglichen ihr Umfeld mit zu gestalten.

Begründung:

Demokratie ist mehr als nur alle 5 Jahre eine Stimme abzugeben. Gleichzeitig ist festzustellen, dass seit Langem die Wahlbeteiligung, also die niederschwelligste Teilhabe an der Demokratie, sinkt. Diese Problematik sollte von der LINKEN angesprochen und angepackt werden. Wenn wir wollen, dass möglichst viele Menschen an Wahlen teilnehmen, müsste der erste Gedanke bei der Gruppe der Nichtwähler*innen liegen. Es ist selbstverständlich falsch, dass das Land manchen Bevölkerungsgruppen immer noch das Recht verweigert, ihr Umfeld bei demokratischen Wahlen mitzugestalten. Es wird gelegentlich bezweifelt, dass junge Menschen schon mit 14 Jahren „reif“ genug für eine Wahlentscheidung zu sein und die Zahlen der Beteiligung an Wahlen der 16-Jährigen bei Kommunalwahlen scheinen das zu bestätigen. Die Fridays-for-future-Bewegung beweist, dass es anders ist, dass junge Menschen sich sehr wohl politisch engagieren wollen. Die Möglichkeit, wählen zu gehen, gehört dazu. Gleichzeitig macht die Erwähnung dieser Bewegung an dieser Stelle unsere Wertschätzung deutlich.

32. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Joachim Spaeth, Jenny Schulz, Christian Arnd

Zeilen: 2618 - 2621

Änderung:

Den Text bitte in folgender Weise ersetzen:

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Die zahlreichen Vereine und Initiativen, Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshilfen, Verbände in Sport, Kultur, Landschaftspflege usw. leisten einen unschätzbaren Beitrag für den kulturellen Reichtum und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Sie machen das meist unentgeltlich oder erhalten geringe Aufwandsentschädigungen. Sie können diese Arbeit aber nur leisten, wenn ihnen nicht nur die Auslagen für ihre Arbeit ersetzt werden, sondern sie auch die Unterstützung der Gemeinwesen durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen haben. Die spezifischen Herausforderungen und Barrieren für Frauen in Ehrenämtern sind uns bewusst und wir setzen uns auf allen Ebenen für eine Verbesserung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten ein. DIE LINKE hat sich zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt und damit bürgerschaftliches Engagement zu stärken und weiterzuentwickeln.“

Dann weiter ab „Mit unserem Gesetz...

Begründung:

Die kleine Erweiterung soll die Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements bekräftigen und die Breite ehrenamtlicher Arbeit sichtbar machen. Ohne diese – immer noch bescheidene – Aufzählung werden sich viele nicht angesprochen fühlen. Freiwilliges Engagement ist ein Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft und muss in unserer Arbeit einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.

33. Änderungsantrag Landeswahlprogramm

Stadtverband Magdeburg

Antragsteller*innen: Joachim Spaeth, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger

Zeilen: 3346ff.

Änderung:

BISHER „Wir unterstützen auch weiterhin die Proteste das Gefechtsübungszentrum Schnöggersburg (Altmark), das ausdrücklich zur Vorbereitung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr und ausländischer Streitkräfte dient. Der Truppenübungsplatz im Zeitzer Forst sollte geschlossen werden. Anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Einheit ist daran zu erinnern, dass eine zentrale Forderung der DDR-Friedensbewegung die Schließung des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide war. Diesem Erbe der friedlichen Revolution von 1989 fühlen wir uns auch weiter verpflichtet. Die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle lehnen wir ab.“

NEU: Die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide beschloss der junge Landtag von Sachsen-Anhalt 1991. Nach Jahrzehnten des militärischen Missbrauchs sollte dieses Gebiet mit einem Naturpark Zukunft finden. Es wurde aber ein Militärpark, der Truppenübungsplatz Altmark mit dem Gefechtsübungszentrum und der Kriegsübungsstadt Schnöggersburg als zentrale Orte der Ausbildung der Bundeswehr für Auslandseinsätze und Aufstandsbekämpfung. DIE LINKE setzt sich für die Schließung der Truppenübungsplätze Altmark und Zeitzer Forst u.a. ein. Sie unterstützt die Proteste der Friedensbewegung und friedlicher Aktionen zivilen Ungehorsams. Eine militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle wird abgelehnt.

Begründung:

Die Formulierung, dass die Schließung des *Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide** eine zentrale Forderung der DDR Friedensbewegung gewesen sei, erscheint mir zu kurz gegriffen. (Siehe unten) Der Satz: „Dem Erbe der friedlichen Revolution von 1989 fühlen wir uns auch weiter verpflichtet“ erscheint mir unsensibel und daher schlage ich die aufgeführte Neuformulierung vor.

Zur oppositionellen DDR-Friedensbewegung:

Soweit ich das überblicke, standen in den 1983iger Jahren in der unabhängigen Friedensbewegung unter dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ folgende Ziele u.a. im Mittelpunkt:

- > Beendigung der lebensgefährlichen Konfrontation der großen Atommächte und damit die Ablehnung der Stationierung von SS-20-Atomraketen in der DDR und von Pershing II und Cruise-Missiles in der Bundesrepublik
- > Die Forderung nach echten Alternativen zum Wehrdienst durch einen sozialen Friedensdienst in der DDR
- > anstelle des Wehrkundeunterrichts an den DDR-Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens

*) Nach 1945 wurde das Gelände der Heeresversuchsanstalt der faschistischen Wehrmacht Hillersleben Stationierungsort der Sowjetarmee. Dieses Gebiet der Colbitz-Letzlinger Heide mit 23 000ha wurde am 11. August 1994 durch die Bundeswehr übernommen.